

Rede von Joachim Schramm beim Ostermarsch Rhein/Ruhr 2015 am 6. April in Bochum-Werne

Im Nahen und Mittleren Osten beobachten wir die dramatischen Folgen der desaströsen Interventionspolitik der westlichen Staaten und der NATO. Ob der Irakkrieg, der Krieg in Afghanistan oder der Angriff auf Libyen: angeblich aus humanitären Gründen vorgetragen haben diese militärischen Eingriffe die Region ins Chaos gestürzt, die Situation der dort lebenden Menschen dramatisch verschlechtert und eine nur noch mühsam wieder zu klärende Gemengelage geschaffen. Hinzu kommt eine Stärkung terroristischer Gruppen, die auch hier bei uns zu einer Gefahr werden und zusätzlich junge Menschen aus unserem Land in ihren Bann ziehen.

Die IS-Milizen sind zum Inbegriff einer brutalen Kriegsführung geworden und häufig ist die Meinung zu hören, da helfe nur noch militärische Gewalt. Reden könne man mit solchen Fanatikern nicht. Doch auch die IS-Kämpfer sind keine außerirdischen Brutalos, die plötzlich vom Himmel gefallen sind. Ihre Vorläuferorganisation entstand 2004 in Folge der US-amerikanischen Invasion im Irak. Sie vertritt eine extreme Variante der sunnitischen Richtung des Islam, konnte aber bis heute auch viele ehemalige Angehörige der Armee Saddam Husseins und auch Fachleute und Funktionäre aus dem Staatsapparat Saddams an sich binden. Viele Sunniten im Irak fühlen sich durch den IS vertreten, da sie in der Vergangenheit von der schiitisch ausgerichteten Regierung des Irak diskriminiert wurden.

Während es bei uns eine Tendenz gibt, den IS zu dämonisieren und allein als fanatisch und rückwärtsgewandt zu beschreiben, geht er im Irak und Syrien strategisch durchdacht und durchaus modern zu Werke. Er schmiedete Bündnisse mit lokalen Milizen und Stämmen und sicherte sich so Unterstützung. In eroberten Gebieten begann der IS mit dem Aufbau neuer staatlicher Strukturen. Die Kennzeichnung des IS als Terrorgruppe lenkt von der Tatsache ab, das die Organisation durchaus die Absicht zur Errichtung eines neuen staatlichen Gebildes hat und auch über die Fähigkeit dazu verfügt. Während es vor allem zu Beginn finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien und Katar gab, konnte der IS später eroberte Öl-Ressourcen verkaufen und verfügt auch über Gelder aus der eroberten irakischen Zentralbank in Mossul. Es wird also deutlich: Hinter den die Medienbilder beherrschenden brutalen Mördern stehen politisch denkende und handelnde Personen. Sie sind auf die Unterstützung von außen angewiesen und auch auf die Akzeptanz durch die Menschen vor Ort. Damit gibt es auch hier Ansatzpunkte einer zivilen Konfliktbearbeitung, Ansätze, dem IS die Unterstützung zu entziehen und seinen Sympathisanten Perspektiven in einem friedlichen Irak aufzuzeigen. Bombardements der USA und Waffenlieferungen der Bundesrepublik können vielleicht kurzfristig die Vorwärtsbewegung des IS stoppen, eine nachhaltige Lösung werden sie nicht bringen. Daher sind Schritte wie der jüngste Beschluss des UNO-Sicherheitsrates, den Handel mit dem IS unter Strafe zu stellen, eher Erfolg versprechend und daher ausdrücklich zu begrüßen.

Der Bundesregierung geht es hier aber im Gegensatz dazu offensichtlich erneut eher darum, militärische Handlungsfähigkeit zu zeigen und so Machtpositionen zu sichern. Schon die Aufnahme von Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak hat den Grundsatz durchbrochen, Waffen nicht in Krisengebiete zu liefern. Die Ende Januar beschlossene Ausbildungshilfe durch Bundeswehrsoldaten bricht darüber hinaus sogar die Verfassung. Dies geschieht nicht unter dem Druck der aktuellen Ereignisse, sondern ist von langer Hand vorbereitet. Bereits 2012 war die sog Merkel-Doktrin veröffentlicht worden, nach der die Kanzlerin Waffenlieferungen an "vertrauenswürdige Partner" ankündige, da man ja nicht in alle Konflikte selbst mit Soldaten eingreifen könne. Die Entsendung von Ausbildern ist dann folgerichtig, damit die Waffen auch effektiv im Sinne der "deutschen" Interessen eingesetzt werden können. Doch nicht nur der wissenschaftliche Dienst des Bundestages, auch andere Experten stellten fest "Das vom Bundestag legitimierte Mandat für den Bundeswehreinsatz im Irak ist sowohl verfassungswidrig als auch nicht völkerrechtskonform." (Pradetto, Die Zeit). Wir fordern daher heute die sofortige Beendigung dieses Bundeswehreinsatzes im Irak!

Die Bundestagsmehrheit setzte sich über die Verfassungsbedenken locker hinweg. Die durch Grundgesetz und Parlamentsbeschlüsse selbst auferlegten Schranken gegen

Kriegsführung und Rüstung werden Schritt für Schritt beiseite geräumt. Dies geschieht immer dann, wenn es den handelnden Eliten gerechtfertigt erscheint und es sich in einer aktuellen Situation gut verkaufen lässt, so wie jetzt angesichts der Schreckensbilder aus dem Nordirak. Es begann spätestens mit dem 1994 vom Verfassungsgericht gefällten Urteil, nach dem auch die aggressive NATO ein System kollektiver Sicherheit sei, in dessen Rahmen Bundeswehreinsätze erlaubt seien. Mit dem Bundestagsbeschluss über den Irak-Einsatz ist sicherlich noch nicht zu Ende. Im 70. Jahr nach der Befreiung von Faschismus und Krieg und angesichts des darauf fußenden Friedensauftrag des Grundgesetzes eine erschreckende Erkenntnis! Wir sagen Nein zu Bundeswehreinsätzen in aller Welt!

Das aktuelle Verhandlungsergebnis im Atomstreit mit dem Iran birgt die Hoffnung auf eine wegweisende Änderung im Machtgefüge in der Region, auch wenn es noch viele Fallstricke enthält. Die Strategie, mit einem Regimewechsel in Syrien den wichtigsten Verbündeten des Iran in der Region zu beseitigen, ist gescheitert. Es gibt erste Anzeichen dafür, dass der syrische Präsident Assad wieder als Verhandlungspartner des Westens in Betracht kommt. Damit hätte sich bei den USA und anderen westlichen Staaten die Erkenntnis durchgesetzt, dass ohne Iran und Syrien die chaotisch ausufernden Konflikte in der Region nicht gelöst werden können. Bis zu dieser Erkenntnis haben hunderttausende Menschen dort ihr Leben lassen müssen, sterben weiter Tag für Tag. 4 Millionen Menschen aus Syrien sind auf der Flucht, 2,5 davon im Ausland. Vor allem der Libanon hat den Großteil davon aufgenommen. Eine von ihnen ist die 14-jährige Amal. Sie musste ihr Dorf im Qalamun-Gebirge wegen der Kämpfe verlassen. nun lebt ihre siebenköpfige Familie in einer Zweizimmerwohnung in Baalbeck im Libanon. "Aber Syrien ist schöner", sagt sie. "Wir hatten dort eine größere und schöneren Wohnung, Außerdem kannte ich eine Menge Leute im Dorf. Wir hatten viele Verwandte. und mein Vater hatte Arbeit." Die Zukunft dieser Flüchtlinge ist ungewiss. Aber sie haben ihr Leben gerettet, im Gegensatz zu den über 200.000 Opfern, die der Bürgerkrieg bisher gefordert hat.

Die Aussage, dass der Syrien-Konflikt nur friedlich und auch nur mit dem syrischen Präsidenten Assad zu lösen ist, diese Aussage haben kritische Experten und auch die Friedensbewegung schon frühzeitig geäußert. Das bedeutet nicht, dass wir Diktatoren in Syrien lieben oder eine stark unter religiösem Einfluss stehende Regierung im Iran begrüßen. Aber solche undemokratischen Verhältnisse lassen sich militärisch nicht lösen, dies wird immer deutlicher. Hier ist eine radikale Änderung der Politik des Westens notwendig. Eine neue Politik, in der nicht einerseits die Diktatur in Saudi-Arabien hofiert und mit Waffen ausgestattet wird und andererseits das religiös beeinflusste Regime im Iran als Auswuchs des Bösen behandelt wird. Eine Politik, die die Interessen der Menschen in der Region im Blick hat und nicht strategische Interessen.

Syrien und Iran auf der einen, Saudi-Arabien und Katar auf der anderen Seite, dazu noch die kleineren Staaten, die zur einen oder anderen Seite tendieren. Israel mit seinen Atomwaffen, das ungeklärte Schicksal der Palästinenser. All diese Konflikte sind miteinander verknüpft, sind nur gemeinsam zu lösen. Schon seit langem fordern Friedensaktivisten und besonnene Politiker aus den Staaten der Region eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten. Dort könnte in einen sicherlich nicht leichten Prozess dieser verworrene Konflikt-Knoten gelöst werden.

Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass dieser Plan Wirklichkeit wird! Wir sagen Nein zu Waffenlieferungen in den Irak aber auch an Saudi-Arabien und andere Konfliktparteien in der Region. Wir fordern unsere Regierung und die der anderen westlichen Staaten auf, sich militärisch aus dem Konflikt herauszuhalten und stattdessen für zivile Lösungswege einzutreten. Bundeswehr raus aus dem Irak, raus aus dem türkisch/syrischen Grenzgebiet!